

Uwe Pöpping

1

2

Oktober, 11, 2019

3

Generalstaatsanwaltschaft

4

Berlin

5

Elßholzstraße 30 – 33

6

10781 Berlin

7

Tel.: +49 30 9015-0

8

Fax: +49 30 9015-2727

9

10

poststelle@gsta.verwalt-berlin.de

11

Strafantrag (STRAFANTRAG KEINE STRAFANZEIGE) gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel, bzw. deren Büroangestellte/Mitarbeiter im Kanzleramt, die von der Staatsanwaltschaft zu ermitteln sind:

14

15

WICHTIGE INFORMATION:

16

1.) Sie sind verpflichtet, einem Strafantrag nachzugehen und ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, da hier ganz klar der Verdacht auf Verletzung des Briefgeheimnisses, bzw. auch der Verdacht der Anstiftung dazu, vorliegt. Lehnen Sie Ihre Pflicht wieder einmal rechtswidrig ab, ist es ein Beweis mehr für den EuGH, die EU-Kommission und den ICC, dass in Deutschland keine Gewaltenteilung und keine Rechtsstaatlichkeit mehr existiert. **Sollten Sie sich weigern, in diesem Rahmen tätig zu werden, machen Sie als Staatsanwalt, sich der Taten nach §§ 138,140,257,258,258a StGB, schuldig.**

23

2.) Es gilt in der BRD, zumindest auf dem Papier, die Gleichheit vor dem Gesetz. Das heißt auch klar und eindeutig, dass es nicht an den finanziellen Möglichkeiten eines Bürgers liegen darf, sein Recht zu erstreiten. Ich werde in keiner Stufe zulassen, dass man mir einen Rechtsanwalt aufzwingen will. Diese Anwaltpflicht ist verfassungswidrig, da diese Anwaltpflicht NUR dazu genutzt wird, um finanziell schwache Bürger selbst von berechtigten Klagen abzuhalten. Ich lehne es auch im vornherein ab, auch nur einen Cent für irgendwelche Gerichtskosten zu bezahlen. Denn auch dieser finanzielle Aspekt wird immer ins Feld geführt, um finanziell schwache Bürger zu hindern, ihr Recht einzuklagen. Das bedeutet nämlich, dass sich reiche Leute das Recht in Deutschland erkaufen können. Ich stelle also im Voraus fest, dass ich selbst im Rahmen eines Instanzenweges, der mir sicher wieder verwehrt wird, zu keinerlei Zahlungen verpflichtet werden darf. Im Übrigen wird auch dieser Strafantrag als Beweismittel der Beschwerde bei der EU Kommission und dem Strafantrag beim ICC in Den Haag beigelegt. Eine mögliche Veröffentlichung in internationalen Medien wird entschieden anhand des Ausgangs dieses Strafantrages.

38

39

Es liegen ausreichend Verdachtsmomente vor, dass sich die zu ermittelnden Büromitarbeiter der oben genannten Bundeskanzlerin Merkel der Verletzung des Briefgeheimnisses strafbar gemacht haben, gemäß § 202 Abs.(1) Nr. 1. und 2. und § 202 Abs. (2) StGB und Artikel 10

41

.....

42 Grundgesetz.

43 Zudem ist auch dem Verdacht nachzugehen, dass sich möglicherweise die besagte
44 Bundeskanzlerin Merkel durch Anweisung, auch die an ihn persönlich gerichtete Post
45 rechtswidrig, trotz Verbot des Absenders, zu öffnen und zu sichten, der Beihilfe, § 27 StGB,
46 der Anstiftung, § 26 StGB, zur Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig gemacht hat.
47 Daher gilt dieser Strafantrag auch gegen die Bundeskanzlerin Merkel persönlich.

48 **Dazu beantrage ich auf jeden Fall, dass die Immunität der Bundeskanzlerin Merkel**
49 **aufgehoben wird. Stimmt der Bundestag dem nicht zu, ist ein weiterer Beweis erbracht,**
50 **dass sich die Gewalten gegenseitig decken.**

51

52 Sollten Sie im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens allerdings die Bundeskanzlerin Merkel zu
53 ihrer Pflicht überreden können, wie gefordert, **PERSÖNLICH**, mit mir zu kommunizieren,
54 könnte ich mich tatsächlich auch überreden lassen, den Strafantrag gegen die Bundeskanzlerin
55 Merkel zurückzunehmen.

56

57 Es wurden wichtige Dokumente per E-Mail an die offiziellen E-Mail-Adressen der
58 Bundeskanzlerin Merkel versandt. Die Empfangsbestätigung liegt mir in allen Fällen vor. Ich
59 habe diese Bundeskanzlerin Merkel zum wiederholten Male informiert, bislang **IMMER**
60 ohne jegliche Reaktion, das unter Aushebelung der Gewaltenteilung in Deutschland durch die
61 Justiz unter Beihilfe der Exekutive, mit dem Wohlwollen der Legislative schwerste
62 Verbrechen gegen unschuldige deutsche Staatsbürger begangen werden. Da mir mittlerweile
63 zu 100% bewusst war, dass die, selbst persönlich, angeschriebene Bundeskanzlerin Merkel
64 meine Schreiben und Dokumente wohl nie erhalten, weil sie scheinbar von Mitarbeitern, für
65 die Recht und Gesetz ein Fremdwort zu sein scheint, unterschlagen werden. Schon das hätte
66 jedes Mal eine Strafverfolgung wegen Verstoßes gegen das Briefgeheimnis Art. 10 GG und §
67 202 Abs. (1)(2) StGB und Unterschlagung nach § 246 Abs. (1)(2)(3) StGB in Betracht.

68

69 **Fakten:**

70 Ich habe der Bundeskanzlerin Merkel per E-Mail, Mail, Text in Beweisdokument1.pdf anbei,
71 die Dokumente zukommen lassen. Besagte Dokumente füge ich hier auch als Beweismittel
72 bei. Da diese Dokumente dadurch auch noch die originale Verschlüsselung enthalten, können
73 Sie diese mit dem, in dem Beweisdokument1.pdf angegebenen Passwort öffnen.

74 Das Passwort lautet: **Brief-an-Bundeskanzlerin-Merkel**

75

76 Dass alleine schon einfache E-Mail unter das Briefgeheimnis nach § 202 StGB fallen, wurde
77 schon mehrfach höchstrichterlich festgestellt. Noch mehr trifft das auf angehängte
78 **PERSÖNLICHE** Dokumente zu. Ganz besonders allerdings, wenn diese Dokumente als
79 **PERSÖNLICH** nach Artikel 10 Grundgesetz und § 202 StGB adressiert sind und ein
80 ausdrückliches, **UNMISSVERSTÄNDLICHES** Verbot der Öffnung und Sichtung durch
81 andere Personen als dem Adressaten übermittelt wurde. Das geht zu 100% klar aus dem
82 Anschreiben in der Mail hervor. In der Mail wurde neben den genauesten Anweisungen auch
83 das Passwort für die Dokumente bereitgestellt, mit der nochmaligen Anweisung, dass
84 ausschließlich der Adressat **PERSÖNLICH** dieses Passwort nutzen darf, dass ausschließlich
85 der Adressat **PERSÖNLICH** diese Dokumente öffnen und lesen darf. Auch ein delegieren
86 durch den Adressaten auf seine Mitarbeiter habe ich eindeutig ausgeschlossen, was als
87 Absender solcher Post mein Recht ist. Und meine Anweisungen, ich betone es hier nochmals,
88 sind eindeutig und unmissverständlich.

89 Somit ist ein verschlüsseltes Dokument mit dem externen Passwort einem verschlossenen
90 Briefumschlag gleichzusetzen. Ein unbefugtes Öffnen des Dokumentes durch jede andere
91 Person außer dem Adressaten **PERSÖNLICH** käme einem aufreißen eines Briefumschlages
92 durch Personen gleich, die nicht Empfänger dieses Briefes sind. Das ist ein Fakt, der auch

93 juristisch in keinerlei Hinsicht angezweifelt werden kann. Ich persönlich habe den absoluten
94 Verdacht, dass hier auf jeden Fall eine Verletzung des Briefgeheimnisses vorliegt und stelle
95 Strafantrag gegen die, von der Staatsanwaltschaft zu ermittelnden Personen, in den Büros der
96 Bundeskanzlerin Merkel, bzw. im Kanzleramt. Beschränkungen nach Artikel 10 Absatz 2
97 Grundgesetz liegen hier in keinerlei Hinsicht vor.

98 Ich stelle auch Strafantrag gegen die Bundeskanzlerin Merkel persönlich wegen des
99 Verdachts der Anstiftung nach § 26 StGB, zur Verletzung des Briefgeheimnisses, weil ich
100 den begründeten Verdacht habe, dass die Bundeskanzlerin Merkel Anweisungen an ihre
101 Angestellten erteilt hat, auch deren persönliche Post zu öffnen, zu sichten, vielleicht sogar
102 rechtswidrig zu beantworten. Somit kommt auch § 27 StGB, die Beihilfe zur Verletzung des
103 Briefgeheimnisses zum Tragen, was ebenfalls einer ausführlichen Untersuchung bedarf.

104

105 **§ 202 StGB Verletzung des Briefgeheimnisses**

106 *(1) Wer unbefugt*

107 *1. einen verschlossenen Brief oder ein anderes verschlossenes Schriftstück, die nicht zu seiner*
108 *Kenntnis bestimmt sind, öffnet oder*

109 Ein verschlüsseltes elektronisches Schriftstück ist somit ein „anders verschlossenes“
110 Schriftstück, das nur zur Kenntnis des Adressaten bestimmt ist. Jede andere Öffnung ist
111 strafbar und zu verfolgen.

112

113 *2. sich vom Inhalt eines solchen Schriftstücks ohne Öffnung des Verschlusses unter*
114 *Anwendung technischer Mittel Kenntnis verschafft,*

115 Die Verschaffung von Kenntnis ohne Öffnung des Verschlusses wäre hier nur durch
116 kriminelles „Hacking“ möglich, wobei dann die Strafbarkeit andere Dimensionen annehmen
117 würde.

118

119 *(2) Ebenso wird bestraft, wer sich unbefugt vom Inhalt eines Schriftstücks, das nicht zu seiner*
120 *Kenntnis bestimmt und durch ein verschlossenes Behältnis gegen Kenntnisnahme besonders*
121 *gesichert ist, Kenntnis verschafft, nachdem er dazu das Behältnis geöffnet hat.*

122 Eine Kenntnisnahme kann primär nur durch strafrechtliche relevante, illegale Öffnung des
123 Behältnisses geschehen. Ich habe zwar die Möglichkeit eröffnet, dass sich die
124 Bundeskanzlerin Merkel Zeugen bei Öffnung und Sichtung hinzuziehen darf, aber einzig
125 aufgrund evtl. technischer Unzulänglichkeiten. Aber auch diese Personen dürfen natürlich
126 keine Kenntnis vom Inhalt nehmen. Ein verschlüsseltes Dokument ist eindeutig ein
127 verschlossenes Behältnis. Nicht umsonst werden in der EDV verschlüsselte Dokumente oder
128 Ordner auch als Container bezeichnet. Und eine solche Kenntnisnahme durch eine Person, die
129 nicht der persönlich angesprochene Adressat ist, ist eben strafbar nach deutschem Gesetz und
130 zu verfolgen.

131

132 **§ 246 Unterschlagung**

133 *(1) Wer eine fremde bewegliche Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zueignet, wird*
134 *mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in*
135 *anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.*

136 *(2) Ist in den Fällen des Absatzes 1 die Sache dem Täter anvertraut, so ist die Strafe*
137 *Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.*

138 *(3) Der Versuch ist strafbar.*

139 Sollte ein Büromitarbeiter der Bundeskanzlerin Merkel meine als PERSÖNLICH an die
140 Bundeskanzlerin Merkel adressierten Dokumente NICHT an diese persönlich weitergeleitet
141 haben, ist hier eindeutig auf den Straftatbestand der Unterschlagung zu erkennen. Somit hat
142 sich dann dieser Mitarbeiter eine fremde bewegliche Sache, nämlich meine Dokumente,
143 rechtswidrig zugeeignet. Zudem habe ich, in dem Wissen, dass es zunächst ein Mitarbeiter der

144 Bundeskanzlerin Merkel ist, diese Sache dem Mitarbeiter zu treuen Händen und zur
145 Weiterleitung an die Bundeskanzlerin Merkel, anvertraut (§246 Abs. 2 StGB).

146

147 Kommen Sie als Staatsanwalt **NICHT** ihrer gesetzlichen Pflicht nach, hier ein
148 Ermittlungsverfahren einzuleiten, werde ich in jedem einzelnen Fall dem EuGH und anderen
149 internationalen Gerichtsbarkeiten berichten, dass die deutsche Exekutive wieder einmal in
150 Zusammenarbeit der Legislative, später wahrscheinlich auch mit der Judikative, sich ihrer
151 Pflicht verweigert, deutsches Recht durchzusetzen. Das ist nur ein Beweis mehr für eine nicht
152 mehr existente Gewaltenteilung, weil so rechtswidrige oder strafbewehrte Taten von
153 Mitglieder der Gewalten zu deren Schutz vorsätzlich gedeckt werden.

154

155 Da hier wirklich Eile angesagt ist, bestehe ich darauf, das Aktenzeichen, dass Sie vergeben
156 müssen, und über den Verlauf der Ermittlungen von Ihnen mittels E-Mail informiert zu
157 werden. Eine Kommunikation per Briefpost wäre auf jeden Fall zu langwierig. Das würde
158 mich auch in meinem Verdacht bestärken, dass deutsche Behörden mit vorsätzlicher
159 Verzögerungstaktik arbeiten. Ich denke, im juristischen Sprachgebrauch nennt sich so etwas
160 Prozessverschleppung.

161

162 Mein Beweisdokument, auf das ich mich im Rahmen meines Schreibens an die
163 Bundeskanzlerin Merkel berufe, sende ich Ihnen hier nicht noch einmal zu, denn Sie haben es
164 von mir bereits mit der Aufforderung erhalten, gegen die Verbrechen vorzugehen, die gegen
165 mich unternommen werden. Von Ihrer Seite, der Generalstaatsanwaltschaft hat man sich
166 bereits der Beihilfe durch Unterlassung an diesen schweren Kapitalverbrechen
167 (Offizialdelikte) schuldig gemacht. Denn Sie hätten nach deutschen Recht bereits da ein
168 Ermittlungsverfahren einleiten müssen. **ZWINGEND**. Aber Sie zogen es vor, einfach zu
169 schweigen. Von Seiten Ihrer werten Kollegen von der Staatsanwaltschaft Berlin ist zwar (als
170 einzige Staatsanwaltschaft in ganz Deutschland, so etwas nennt sich Rechtsstaat) ein
171 Geschäftszeichen vergeben worden (252 Js 3279/19), aber hier ist nach meinem Dafürhalten
172 auch wieder, wie ich es in diesem Fall schon oft erlebt habe, vorsätzlich mit
173 Beweismittelunterdrückung gearbeitet worden. Obwohl ich in meinem Dokument wirklich
174 schwere Kapitalverbrechen, also Offizialdelikte angeklagt habe, meint man in Berlin als
175 Tatvorwurf nur Rechtsbeugung nennen zu müssen. Das sehe ich als Schutz der involvierten
176 Richter bei deren Verbrechen an. Dieses Geschäftszeichen habe ich am 05. Juni 2019
177 erhalten. Danach Schweigen im Walde. Selbst auf meine Mahnung hin, mich über den
178 Verlauf des Falles zu informieren, verwehrte man mir jeden weiteren Kontakt. Daher bin ich
179 zu 100% überzeugt, dass die Staatsanwaltschaft in Berlin Anordnung von der Legislative und
180 Judikative erhalten hat (so viel zum Thema Gewaltenteilung), diesen Fall nicht zu verfolgen.
181 Bis heute, den 24. Oktober habe ich immer noch keinerlei Rückantwort erhalten, Auch das ist
182 vorsätzlich Prozessverschleppung.

183

184 Sollte es von Seite der Bundeskanzlerin Merkel allerdings zu der Aussage kommen, sie habe
185 die Dokumente persönlich erhalten, und sei es nur, um ihre Mitarbeiter widerrechtlich zu
186 schützen, dann weite ich den Strafantrag gegen diesen Bundeskanzlerin Merkel persönlich aus
187 wegen Beihilfe zu folgenden Straftaten/Verbrechen:

188

189 1. Versuch der Vernichtung der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung in
190 Deutschland, oder der Beihilfe dazu.

191

192 2. Versuch der Vernichtung der Demokratie in Deutschland oder der Beihilfe dazu.

193

194 3. Beihilfe zur Manifestierung einer bereits bestehenden Justizdiktatur in Deutschland. Hier

195 besteht sogar der Verdacht, der Drahtzieherschaft durch die Legislative.
196

197 4. Beihilfe zur endgültigen Vernichtung jeglicher Rechtsstaatlichkeit in Deutschland, mit
198 100%iger Vernichtung der Rechtssicherheit
199

200 5. Unterlassene Hilfeleistung nach § 323c als auch der Beihilfe § 27 StGB durch Unterlassung
201 § 13 StGB
202 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 3 Zeile 118 ff*)
203

204 6. Beihilfe zu illegaler Strafverfolgung, auch international, aufgrund von rechtsunwirksamen
205 richterlichen Beschlüssen, die aufgrund fehlender rechtsgültiger Unterschrift nur Entwürfe
206 sind.
207

208 7. Beihilfe zu Beleidigung, Verleumdung, Übler Nachrede gemäß §§ 185-187 StGB
209 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 14 Zeile 604 ff*)
210

211 8. Beihilfe zu versuchtem Mord, § 211 StGB, in Verbindung mit § 23 StGB. Obwohl mehrere
212 Mordmerkmale bestehen, ist hier besonders auf eines zurückzukommen. Nämlich das
213 Mordmerkmal zur Verdeckung einer Straftat. Richter, die einen Befangenheitsantrag, der
214 auch die Vorwürfe des versuchten Totschlags/versuchten Mordes enthält, ablehnen, mittels
215 Beweisfälschung, und somit den Beschuldigten weiter zu Tode foltern zu können, machen
216 sich des versuchten Mordes zur Verdeckung der eigenen Straftaten schuldig. Was dabei als
217 äußerst perfide zu werten ist, die begehen diesen versuchten Mord nur deshalb, um ihre
218 eigene erbärmliche Personalakte sauber zu halten. Wobei ich überzeugt bin, dass hier auch die
219 Mordmerkmale der Habgier und Mordlust ebenfalls zum Tragen kommen.
220 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 16 Zeile 701 ff*)
221

222 9. Auf Beihilfe zu versuchten Totschlag nach § 212 StGB ist aber unstreitig auf jeden Fall zu
223 erkennen.
224 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 16 Zeile 738 ff*)
225

226 10. Beihilfe zu Aussetzung gemäß § 221 StGB. Hier insbesondere Absatz 2. Denn mir
227 wurden hierdurch schwerste Gesundheitsschädigungen zugefügt.
228 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 17 Zeile 750 ff*)
229

230 11. Beihilfe zu Körperverletzung gemäß § 223 StGB
231 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 17 Zeile 799 ff*)
232

233 12. Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung gemäß § 224 StGB
234 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 18 Zeile 750 ff*)
235

236 13. Beihilfe zu schwerer Körperverletzung gemäß § 226 StGB
237 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 20 Zeile 904 ff*)
238

239 14. Freiheitsberaubung gemäß § 239 StGB, hier insbesondere Absatz 3 Nr. 2
240 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 21 Zeile 947 ff*)
241

242 15. Strafvereitelung gemäß § 258 StGB. Durch vorsätzliche Untätigkeit macht sich hier die
243 Bundeskanzlerin Merkel entgegen ihrer gesetzlichen Pflicht der vorsätzlichen Strafvereitelung
244 schuldig.
245 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 22 Zeile 988 ff*)

246
247 15a. Beihilfe zu Körperverletzung im Amt gemäß § 340 StGB. Ein minder schwerer Fall ist
248 hier keinesfalls anzunehmen, da purer Vorsatz aus niedrigsten Beweggründen vorzuwerfen
249 ist.
250 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 22 Zeile 1022 ff*)
251
252 16. Beihilfe, Unterstützung, Förderung der Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB.
253 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 23 Zeile 1047 ff*)
254
255 17. Beihilfe zu Aussageerpressung gemäß 343 StGB
256 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 25 Zeile 1157 ff*)
257
258 18. Beihilfe zur Vernichtung meiner Menschenwürde gemäß Artikel 1 Grundgesetz. Das
259 kommt einer Vernichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleich.
260 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 26 Zeile 1202 ff*)
261
262 19. Beihilfe zum Entzug meines Rechts auf freie Entfaltung sowie Beihilfe bei der
263 Vernichtung meiner Unversehrtheit und meines Lebens. Gemäß Artikel 2 Grundgesetz. Das
264 kommt einer Vernichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleich.
265 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 27 Zeile 1246 ff*)
266
267 20. Beihilfe zur Vernichtung meines Rechts auf Gleichheit vor dem Gesetz. Mir wird der
268 Rechtsweg auf das Übelste verwehrt. Also Beihilfe zur Beugung, Brechung,
269 Außerkraftsetzung des Artikel 3 Grundgesetz. Das kommt einer Vernichtung der
270 freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleich.
271 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 28 Zeile 1282 ff*)
272
273 21. Mitglieder aller 3 Gewalten, also auch hier die Bundeskanzlerin Merkel, machen sich
274 Vergehen/Verbrechen gegen Artikel 4 Grundgesetz schuldig. Weltanschauliche Bekenntnisse
275 werden von diesen Herrschaften auf das Übelste diffamiert (diskriminiert) wenn diese nicht
276 ihrem persönlichen Weltbild entsprechen. Das kommt einer Vernichtung der freiheitlichen
277 demokratischen Grundordnung gleich. Dabei ist tatsächlich auch schon von Diktatur zu
278 sprechen.
279
280 22. Beihilfe zum Entzug meiner Rechte auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 5
281 Grundgesetz. Eine freie Meinungsäußerung ist in Deutschland faktisch nicht mehr existent.
282 Personen mit anderer Meinung wie die Machtelite, eben auch diese Bundeskanzlerin Merkel,
283 werden auf das übelste diffamiert und deren Meinung mit allen verfügbaren Möglichkeiten
284 zensiert. Selbst mittels übler Nachrede und Rufmord durch die Systemmedien. Das kommt
285 einer Vernichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleich.
286 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 29 Zeile 1339 ff*)
287
288 23. Beihilfe zu illegaler Wohnungsdurchsuchung, anschließend decken der Schuldigen.
289 Artikel 13 Grundgesetz. Der Beschluss der zur Wohnungsdurchsuchung erlassen wurde, ist
290 mangels Unterschrift nie rechtgültig gewesen. Dadurch war die Erschleichung der Amtshilfe
291 in Spanien ein krimineller Akt, die hier geschehene Wohnungsdurchsuchung somit ein
292 bewaffneter Raubüberfall. Das kommt einer Vernichtung der freiheitlichen demokratischen
293 Grundordnung gleich.
294 (*Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 30 Zeile 1375 ff*)
295
296 24. Beihilfe beim Raub meines Eigentums entgegen den Vorschriften des Artikel 14

297 Grundgesetz. Das bei diesem bewaffneten Raubüberfall, genannt Hausdurchsuchung, auch
298 medizinische Unterlagen im Rahmen meiner Forschungen geraubt wurden, beweist doch hier
299 auch das Mordmerkmal der Habgier.

300 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 31 Zeile 1403 ff)*

301

302 25. Ich habe mich mit meinen Bitten und Beschwerden eben aufgrund des Artikel 17
303 Grundgesetz mehrfach an viele Personen der Volksvertretung gewandt. Das hier von
304 KEINER Stelle auch nur eine halbherzige Antwort kam, ist der eindeutige und 100%ige
305 Beweis, dass diese Volksvertreter, somit auch Frau Bundeskanzlerin Merkel die Verbrechen
306 zumindest billigen und begünstigen, wenn sie nicht gar die Drahtzieher dazu sind.

307 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 31 Zeile 1431 ff)*

308

309 26. Die Verstöße gegen Artikel 19 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 5 Grundgesetz
310 beweist absolut eindeutig, dass hier das Grundgesetz nach Lust und Laune ausgehebelt,
311 gebeugt und gebrochen werden kann, darf und wird. Dieses Schon seit Jahrzehnten. Auch
312 dieser Beihilfe machen sich die Bundeskanzlerin Merkel schuldig. Das ist definitiv die
313 Vernichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wenn einzelne Richter das
314 Grundgesetz nach eigenem Gusto ändern dürfen. Das Grundgesetz ist KEINE
315 Auslegungssache, auch wenn es mit diesen verfassungswidrigen Grundsatzentscheiden immer
316 wieder gemacht wird. Auch das sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

317 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 32 Zeile 1451 ff)*

318

319 27. Beihilfe zum Erlass und Vollstreckung der Todesstrafe entgegen Artikel 102 Grundgesetz.
320 Die betroffenen Richter haben mich im Rahmen eines Ausnahmegerichts (Artikel 101
321 Grundgesetz) bereits zum Tode verurteilt. Nun wird dieses ohne Prozess erlassene Todesurteil
322 ohne jegliches rechtmäßige Urteil von diesen Richtern und ihren Helfershelfern vollstreckt.
323 Und die Bundeskanzlerin Merkel duldet, bzw. begünstigt dies. Daher auch hier der
324 Strafantrag wegen Beihilfe zu versuchtem Mord.

325 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 34 Zeile 1579 ff)*

326

327 28. Verstoß, bzw. Beihilfe zum Verstoß gegen Artikel 1 EU Menschenrechtskonvention
328 Deutsche Richter und Staatsanwälte verstoßen auf die übelste Art und Weise gegen meine
329 Menschenrechte, und werden von dieser Bundeskanzlerin Merkel dabei gedeckt.

330 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 35 Zeile 1622 ff)*

331

332 29. Beihilfe zum Entzug meines Rechts auf Leben, Verbrechen gegen Artikel 2 EMRK, was
333 der oben genannten Beihilfe zu versuchtem Mord gleichkommt.

334 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 36 Zeile 1636 ff)*

335

336 30. Beihilfe zu schwerer körperlicher und seelischer Folter. Ich werde im Rahmen des
337 illegalen Verfahrens durch die deutsche Exekutive und Judikative auf das übelste zu Tode
338 gefoltert. Verbrechen gemäß Artikel 3 EMRK. Die Legislative, insbesondere diese hier
339 benannte Bundeskanzlerin Merkel ist ausführlich über diese Verbrechen gegen mich
340 informiert worden, decken aber die Verbrechen.

341 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 36 Zeile 1653 ff)*

342

343 31. Beihilfe zum Entzug meiner Rechte auf Freiheit und Sicherheit gemäß Artikel 5 EMRK.
344 Zudem im Beweisdokument genannten entzieht man mir auch meine Rechtssicherheit, weil
345 diese in der BRD faktisch nicht mehr existiert, weil sich ja dort jeder Richter die Gesetze
346 zurechtbeugen darf, wie es ihm nach Tageslaune beliebt.

347 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 37 Zeile 1687 ff)*

348
349 32. Beihilfe zum Entzug meiner Rechte auf ein faires Verfahren. Diese Rechte werden im
350 Rahmen der illegalen politischen Verfolgung in der BRD zu 100% ausgehebelt, indem man
351 den betroffenen sogar den regulären Rechtsweg verwehrt, in gemeinsamer Tat der drei
352 Gewalten. Diese Bundeskanzlerin Merkel wurde ausführlich darüber informiert und deckt
353 diese Straftaten.
354 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 37 Zeile 1706 ff)*
355
356 33. Beihilfe zum Versuch der Bestrafung ohne Gesetz nach Artikel 7 EMRK
357 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 37 Zeile 1731 ff)*
358
359 34. Beihilfe zum Entzug meiner Rechte auf Achtung des Privat und Familienlebens
360 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 38 Zeile 1745 ff)*
361
362 35. Entzug der rechte auf freie Meinungsäußerung. Diese Zensur findet in der BRD nicht nur
363 durch Exekutive und Judikative statt. Auch durch diese Bundeskanzlerin Merkel in direkter
364 Täterschaft. Freie Meinungsäußerung ist in Deutschland straflos nur noch möglich, wenn man
365 die Meinung der Machtelite vertritt.
366
367 36. Beihilfe zum Entzug meines Rechts auf wirksame Beschwerde. Was in direktem
368 Zusammenhang mit dem Entzug der Rechte auf eine faires Verfahren steht. Trotz des
369 umfassenden Wissen darüber wird dies durch die Bundeskanzlerin Merkel wohlwollend
370 unterstützt.
371 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 38 Zeile 1768 ff)*
372
373 37. Beihilfe und direkter Täterschaft bei Diskriminierung von Invaliden
374 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 38 Zeile 1779 ff)*
375
376 38. Beihilfe zum Missbrauch von Rechten
377 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 39 Zeile 1787 ff)*
378
379 39. Beihilfe zu schwerer Folter und Körperverletzung, welche aufgrund von § 81a StPO Abs.
380 1, 1. Satz gegen mich begangen werden soll, dadurch dass man dieses Gesetz derart beugt, das
381 man den zweiten Satz trotz meiner Intervention einfach ignoriert. Verbrechen gegen die
382 Menschlichkeit.
383 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 41 Zeile 1898 ff)*
384
385 40. Beihilfe zu verbotenen Vernehmungsmethoden gemäß § 136a StPO. Die Bundeskanzlerin
386 Merkel waren hierüber umfänglich informiert und hätten diesen Verbrechen Einhaltung gebieten
387 müssen. Man deckt diese Verbrechen aber wohlwollend.
388 *(Dokument „Rücktritt-Rundschreiben.pdf“ Seite 45 Zeile 2071 ff)*
389
390 41. In Beihilfe, indirekter als auch direkter Täterschaft begeht diese Bundeskanzlerin Merkel
391 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Andere die dem Völkerstrafrecht, dem römischen
392 Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag zuwiderlaufen. Dieser Strafantrag
393 steht auch kurz vor Vollendung und wird in Kürze eingereicht.
394
395 42. Durch die hier angeklagten Taten und Verbrechen, sei es in Beihilfe als auch in direkter
396 Täterschaft vernichtet diese Bundeskanzlerin Merkel die freiheitliche demokratische
397 Grundordnung, die Demokratie und begünstigt die Manifestierung einer Justizdiktatur, wie
398 auch einer allgemeinen Diktatur als Staatsform. Das muss zwangsläufig zur Anklage gebracht

399 werden.

400

401 Es liegen auch noch zahlreiche weitere Vergehen/Straftaten gegen weiteres EU-Recht und das
402 Völkerrecht vor. Aufgrund dieser werde ich zusätzlich an kompetenter Stelle Strafantrag
403 stellen. Dies entbindet aber **SIE nicht** von Ihrer Pflicht zur Verfolgung dieses Strafantrages.

404

405 Bitte antworte Sie mir umgehend per E-Mail an meine Mailadresse

406 justizopfer@bessere-welt.com

407 Mir ist vollkommen bewusst, dass eine unverschlüsselte Mail nicht sicher gegen Mitleser ist.
408 Das ist aber egal, da der Fall eh in Vorbereitung zur Veröffentlichung ist. Aus diesem Grund
409 genehmige ich Ihnen zum einen die Übersendung per E-Mail. Zum anderen bestehe ich
410 aufgrund der Eile darauf, mit Ihnen weiterhin per E-Mail zu kommunizieren.

411 **Sollten Sie, was ich aufgrund meiner schlechten Erfahrung befürchte, auch diesen**
412 **Strafantrag wieder einmal illegal ablehnen, dann sind Sie verpflichtet, auf ALLE von**
413 **mir vorgebrachten Anklagepunkte eine ausführliche Begründung zu erstellen, warum**
414 **diese abgelehnt werden.** Denn die benötige ich für den EuGH und den ICC.-

415 Des Weiteren bestehe ich darauf, dass Ihre Antworten an mich nach den Vorschriften des
416 BGB ordentlich unterschrieben sind und auch der Name des verantwortlichen Staatsanwalts in
417 Klarschrift unter seiner Unterschrift zu lesen ist. Ich benötige diese Daten für möglicherweise
418 weitergehende rechtliche Schritte.

419 Ein Dokument, das lediglich von einem Mitarbeiter unterschrieben ist, hat keine
420 Rechtsgültigkeit und wird von mir nicht anerkannt.

421 Ebenso ein Dokument, das nicht, oder nur unzureichend mit einer Paraphe unterzeichnet ist.
422 In Erwartung Ihrer Bestätigung zur Aufnahme des Ermittlungsverfahrens und Übersendung
423 des Aktenzeichens verbleibe ich

424

425 Mit freundlichen Grüßen



426

427 Uwe Pöpping